



## 14. Sitzung des Gemeinderates

Datum, Zeit	Montag, 2. Juli 2012, 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr
Ort	Saal Katholisches Pfarreizentrum Leepünt
Vorsitz	Stefanie Huber (GEU), Gemeinderatspräsidentin
Anwesend	36 Gemeinderatsmitglieder
Entschuldigt abwesend	Rolf Biggel Stefan Kunz Angelika Murer Mikolasek Patrick Schnider
Protokoll	Beatrix Peterhans, Gemeinderatssekretärin
Stimmzähler	Jacqueline Hofer: Bereich SVP Benedikt Stockmann: Bereich Mitte inkl. Bürotisch Andreas Sturzenegger: Bereich GEU/glp und SP/Juso/GP
Weibeldienst	Leopoldo Putorti

### Geschäfte

1. Mitteilungen
2. Protokollabnahme der 13. Sitzung vom 7. Mai 2012
3. Motion Andrea Kennel (SP) "Gebäudeabbruch Leepünt" / Begründung  
GR Geschäft Nr. 154/2012
4. Postulat Theo Johner (BDP/EVP) und 5 Mitunterzeichnende "Optimierte Strassenbeleuchtung" / Begründung  
GR Geschäft Nr. 155/2012
5. Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan "Pfadiheim Schlupf" sowie zur Änderung des Zonenplans Kat.-Nr. 1644 und der Bauordnung Art. 26a Ziffer 4 (neu) / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 129/2012
6. Zustimmung zum Neubau "Pfadiheim Schlupf", Beibeitrag / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 130/2012
7. Jahresrechnung 2011 / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 147/2012



8. Geschäftsbericht 2011 / Genehmigung  
Geschäfts Nr. 147/2012
9. Bürgerrechtsgesuche:
  - 9.1. Matejic Milutin und Irena, serbische Staatsangehörige, sowie das Kind Luka, Grünenstrasse 9, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 136/2012
  - 9.2. Stephan Ralph John, deutscher Staatsangehöriger, Im Langacker 5, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 137/2012
  - 9.3. Sulzbacher Ernst, österreichischer Staatsangehöriger, Grünenstrasse 33, Dübendorf /  
Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 138/2012
  - 9.4. Dzaferi Miso und Esmire, serbische Staatsangehörige, sowie die Kinder Meldin, Denis und Denil,  
Kirchbachstrasse 20, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 140/2012
  - 9.5. Wörner Luminita und Martin, rumänische Staatsangehörige, sowie das Kind Nico, Meisenweg 14,  
Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 141/2012
  - 9.6. Chaudhry Shakeel Ashraf, pakistanischer Staatsangehöriger, Rotbuchstrasse 44, Dübendorf /  
Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 148/2012



## 1. Mitteilungen

---

### Mitteilung des Gemeinderatspräsidenten

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) begrüsst die Mitglieder des Gemeinderates und des Stadtrates sowie die Medienvertreter und das Publikum. Sie orientiert, dass die Einladung zur Sitzung mit der Traktandenliste rechtzeitig versandt und im Glattaler als amtliches Publikationsorgan veröffentlicht wurde. Stefanie Huber beantragt eine Änderung der Traktandenliste. Das Geschäft Nr. 7, Jahresrechnung & Geschäftsbericht 2011, soll in zwei Traktanden aufgesplittet werden.

### Abstimmung

Der Änderung der Traktandenliste wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

Weitere Einwände gegen die Reihenfolge der Traktanden werden keine erhoben.

### *Personelles*

Stefanie Huber begrüsst die neu gewählte Gemeinderatssekretärin Beatrix Peterhans heute zu ihrer ersten Sitzung und wünscht ihr viel Erfolg.

Sie macht die Ratsmitglieder auf den kommenden Gemeinderatsausflug aufmerksam und freut sich über möglichst viele Anmeldungen aus dem Gemeinderat, des Stadtrates, der Presse und der Verwaltung.

### *Neue Geschäfte seit 7. Mai 2012*

Der Stadtrat hat folgende neue Geschäfte überwiesen:

- Bewilligung eines jährlichen Beitrags von maximal Fr. 75'000 an den EHC Dübendorf als Kostenanteil an die Eismiete und die Garderobenmiete während dem Sommertraining ab der Saison 2012/13.
- Bewilligung eines Bruttokredites von Fr. 353'000 für die Realisierung neue Küche, Garderobe, Putzlager, Dusche, WC, sowie Anpassungen an der Buffetanlage bei der Liegenschaft Oberdorfstrasse 15, Obere Mühle

Diese Geschäfte werden derzeit durch die GRPK vorberaten.

Bei der KRL sind seit der letzten Sitzung keine neuen Geschäfte eingegangen.

Folgender neuer politischer Vorstoss ist beim Ratsbüro eingegangen:

- Schriftliche Anfrage Angelika Murer Mikolasek (GEU/glp) betreffend Parkplatzsituation Zooselbahn

### Fraktions- und persönliche Erklärungen

Keine

## 2. Protokollabnahme der 13. Sitzung vom 7. Mai 2012

---

Zum Protokoll der Sitzung vom 7. Mai 2012 sind beim Gemeinderatspräsidenten keine Berichtigungsanträge eingegangen. Es ist somit, in Anwendung von Art. 58 der Geschäftsordnung des Gemeinderates, genehmigt.



### 3. Motion Andrea Kennel (SP) "Gebäudeabbruch Leepünt" / Begründung GR Geschäft Nr. 154/2012

#### Begründung Motion

*Andrea Kennel (SP)*

Zuerst erzähle sie eine Anekdote. Vor einigen Jahren ging es um den Abbruch des Conti-Gebäudes. Dieses Geschäft war im GR aus umstritten, vor allem weil die Finanzierung nicht klar gewesen sei. Wie teuer würde der Abriss kommen, stimme der Antrag des SR? Damals seien zwei Offerten vorgelegen. Mit dem Finanzvorstand habe sie gewettet, dass der endgültige Betrag näher beim Antrag des SR sein werde, der um einiges höher gewesen sei als die zweite Offerte. Das Ergebnis sei gewesen, dass beide Beträge zusammen nicht genügen hoch waren. Damit wolle sie sagen, dass man sich bei solchen Abbrüchen und Entsorgungen von Altlasten gerne täusche und sehr häufig seien diese Kreditanträge für solche Abbrüche zu tief. Und auch beim Abbruch des Leepünts bestehe die Gefahr, dass es dann doch teurer komme als man jetzt meine. Sie wisse nicht ob es richtig sei, die Gebäude abzubauen. Dies, weil für sie zu wenig Infos vorlägen. Und gerade weil die nötigen Entscheidungsgrundlagen fehlten, müsse das Geschäft vor den Gemeinderat. Man wisse nicht, ob einige der Gebäude so auffällig seien, dass sie einsturzgefährdet seien und ein schneller Abriss das Beste wäre. Oder gebe es Nutzungen in den Gebäude, die man besser noch ein paar Jahre aufrechterhalte, weil dies im Gesamten schlussendlich doch günstiger komme. Im „Märtkafi“ hat man abgeklärt, was eine allfällige Weiternutzung kosten würde. Und in der Antwort der Fragestunde könne man entnehmen, dass das „Märtkafi“ durch Investitionen von ca. 40'000.00 weitergenutzt werden könnte und verschiedene Nutzungen dort Platz finden würden. Dies bis dort der Abbruch bis 2014 geplant wäre. Die Frage sei, was mit den anderen Nutzungen sei. Ist wirklich ein Gebäude einsturzgefährdet? Es wäre ja eigentlich die Pflicht der Stadt, Gebäude die der Stadt gehören so weit zu warten und instand zu halten, dass sie nicht einsturzgefährdet werden. Also wenn man solche Gebäude hätte, die man sofort abreißen müsste, wäre dies ganz klar ein Fauxpas der Stadt.

Man wisse, dass die Asylunterkunft bzw. ein Teil der Asylanten in einem Gebäude auf dem Leepüntareal untergebracht sind. Wenn man das Konto 1685 (Asylkoordination) in der Rechnung anschau, dann habe man dort einen vermeintlichen Gewinn von 190'000 im letzten Jahr und von 195'000 im vorletzten Jahr. Dies habe den Beobachter dazu gebracht zu schreiben, dass Dübendorf Geld mit Asylanten mache. Die Antwort des SR sei, dass dies nicht stimme. Wenn man die effektiven Kosten verrechnen würde, sei man etwa bei einer schwarzen Null. Es seien vor allem Mietkosten, die intern nicht verrechnet würden. Natürlich sei nicht der ganze Betrag von 190'000 Mietkosten, jedoch ein Teil davon. Sprich, wenn man die Asylunterkunft abreißen würde, müsse man die Asylanten irgendwo unterbringen. Dies koste nachher Mietzins. Wie viel wisse sie nicht. Wie teuer es wäre, die Gebäude so weit zu sanieren, dass man sie noch fünf bis zehn Jahre als Asylunterkunft brauchen könne, wisse sie auch nicht. Also könne sie nicht entscheiden, ob es sinnvoll wäre, die Gebäude jetzt abzureisen oder ob es der Stadt nicht günstiger kommen würde, das Gebäude weiterhin als Asylunterkunft zu nutzen. Auch das wisse sie nicht, da die Zahlen/Angaben für eine Entscheidung fehlen würden. Dann komme sie zum zeitlichen Aspekt. Geplant sei ein Abriss in der 1. Etappe, die knapp in die Kompetenz des SR falle, im Jahr 2013. Das „Märtkafi“, wo die Kompetenz des SR etwas geschnitten werde, sei im Jahr 2015 geplant.

Was man nie hören oder lesen konnte war, was denn mit dem Platz geplant sei. Sie fragt sich, ob eine Parkanlage geplant sei. Oder Autoparkplätze? Sie wisse es nicht.

Der einzige Grund in den Jahren 2013 und 2015, also möglichst schnell, die Gebäude abzureisen sei, wenn man das Land verkaufen oder im Baurecht abgeben möchte. Für sie wäre das der einzige Grund, in diesem Geschäft vorwärts zu machen. Und falls dies so sei, dann wäre es vom SR nur fair, wenn er dies so mitteilen würde und offenlegen würde, was geplant sei.

Sie erklärt, wieso genau dass sie ihre Motion eingereicht habe. Die Finanzkompetenz des SR liege bei 300'000. Gemäss dem heutigen Stand würden sich die Kosten für die 1. Etappe sehr knapp unter



300'000 belaufen. Somit könne man sagen, dass die Kompetenz des SR bei diesem Geschäft geritzt werde. Erst nach der Endabrechnung könne man feststellen ob sie auch überschritten wurde oder nicht.

Die Entscheidungsgrundlage, die der Gemeinderat mitbekommen habe, sei nicht fundiert. Sie sage nicht, dass die Entscheidungsgrundlage des SR nicht fundiert sei. Aber das was ihnen kommuniziert worden sei, sei nicht fundiert. Man wisse nicht, was Folgekosten von Mieten seien und wie teuer eine Instandhaltung wäre. All diese wisse man nicht. Mit ihrem Antrag würde sie dem GR die Möglichkeit geben, dass einerseits die Kompetenz ganz sicher am richtigen Ort wäre. Und vor allem würde der GR damit die nötigen Daten und Informationen bekommen bezüglich effektiven Kosten, Sanierung und möglichen Alternativen. Damit würde erreicht werden, dass man endlich sachlich über dieses Geschäft würde abstimmen können. Auch spricht sie die Zeit an, in der zwischen dem Abriss und einem Neubau eine Zwischenlösung gefunden werden müsste. Darum bitte sie die Motion zu überweisen und damit auch Verantwortung zu übernehmen, um über das Leepünt sachlich zu entscheiden.

#### Stellungnahme Stadtrat durch Finanzvorstand Martin Bäumle

Er nimmt Bezug auf die von Andrea Kennel erwähnte Anekdote. Bei der damaligen Kostenschätzung sei die Altlastenfrage noch nicht geklärt gewesen. Darum habe man aus dem Conti-Abbruch auch eine Lehre gezogen und wisse jetzt, wie beim Abbruch des Leepünts vorgegangen werden müsse. Das Leepünt sei schon lange ein Abbruchobjekt. Die 1. Abklärung war, welche Altlasten beseitigt werden müssen, wo sich diese befinden und wie teuer die Altlastenbeseitigung ist. Der FIV weist darauf hin, dass Altlastensanierungen gebundene Ausgaben sind.

Darauf gestützt habe sich der Vorgehensvorschlag des SR ergeben. Er sei ein gesamte Rückbau in einem Aufwisch geplant gewesen. Alle Mieter seien darüber informiert worden, bis wann sie ausziehen müssen. Es sei immer klar gewesen, dass das Leepünt nur eine Zwischenlösung sei und z.T. konnten auch bereits schon Lösungen gefunden werden.

Aufgrund Widerständen aus der Bevölkerung sei der SR nochmals über die Bücher gegangen. Es seien verschiedene Möglichkeiten angeschaut worden. Dies auch in Hinblick auf das Energiestadt-Label, welches sich nicht mit dem nötigen Unterhalt des Leepünts vereinbaren lasse. Da das Leepünt nicht einsturzgefährdet sei, sei ein kurzfristiges Abwarten auch möglich.

Daraus habe sich eine klare Etappierung ergeben, die ursprünglich nicht so geplant gewesen sei. Der Kreditantrag (inkl. Offerten) habe der GRPK vorgelegen. Den Betrag werde man mit den Reserven auch einhalten können. Die Kosten für die Altlastensanierung gelten wie bereits erwähnt als gebundene Ausgaben und seien darum im Kreditantrag nicht enthalten.

Er erklärt, dass der SR nicht bereit sei, diese Motion entgegenzunehmen.

Der Auftrag im Leepünt etwas zu machen sei klar, die Planung werde parallel zum schrittweisen Rückbau vorgenommen. Es sei eine klare Vorgehensweise ohne etappierten Kredit. Da dies der Wunsch aus der Bevölkerung sei, sei dies auch die logische Folge. Die Gebäude hätten auch jedes für sich angeschaut werden können, was jedoch nie im Sinne des SR gewesen sei.

#### Allgemeine Diskussion

Gaby Gossweiler (FDP)

Die FDP-Fraktion empfehle, das vorliegende Geschäft nicht zu überweisen. Sie seien der Ansicht, dass der Antrag Andrea Kennel nur bedingt motionsfähig sei.

Das Leepünt-Areal sei ein Jahre alter Dauerbrennen -ein Synonym für das Nichtstun der Politik und schon gar nichts Schönes als Stadtmittelpunkt. Da sich die Stadtentwicklung seit Jahren auf die urbanen Randbezirke von Dübendorf beschränke, müsse endlich in der Stadtmitte etwas geschehen, schon aus städtebaulichem Gesichtspunkt, aber auch zur Ehrrettung des Stadtrates.

Jeder von uns habe es schon erlebt. Man wolle etwas im eigenen Lebensraum verändern, wisse eigentlich auch was, schiebe aber den Entscheid aus was immer für Gründen vor sich her. Bis der Entschluss falle, den neu zu gestaltenden Lebensraum auszuräumen, zu entrümpeln. Wie bei jeder



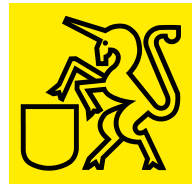
Entrümpelungsaktion würden Werte vernichtet, denn alles was wir besitzen - in welchem Zustand auch immer- habe uns früher etwas gekostet. Damit wir Visionen vor uns sähen und der Drang zur Umsetzung dieser gross genug werde, brauche es leeren Lebensraum, denn überstellter Lebensraum enge ein und signalisiere, dass etwas da ist – es also nicht eile mit einer Neugestaltung, auch wenn wir uns täglich darüber ärgern. Genauso gehe es uns mit dem Leepüntareal. Es sei überstellt mit längst überlebten Installationen, die uns allen die Unentschlossenheit der Dübendorfer Politik täglich vor Auge führe – wir ärgern uns masslos, es passiere nichts. Also soll endlich leerer Raum geschaffen werden, die Perspektiven seien da, es müsse daraus ein Geschäft entstehen. Mit der Leerräumung des Leepüntareals würde signalisiert, dass der Gemeinderat vom Stadtrat endlich eine Vorlage erwarte, die das Wort Stadtmittelpunkt verdiene. Hätte der Stadtrat zielbewusst gehandelt und –statt die Kosten zu etappieren- einen Rahmenkredit in den Gemeinderat gebracht, hätte die heutige Diskussion längst schon stattgefunden und den Blick für die Zukunft wäre frei. Die FDP-Fraktion bäte, die Motion Kennel nicht zu überweisen und damit zu signalisieren, dass erwartet werde, dass von Seiten des Stadtrates in absehbarer Zeit etwas Handfestes vorgelegt werde.

*Marcel Drescher (GEU/glp)*

Die tatsächliche Absicht hinter der vorliegenden Motion sei zwar nicht darin beschrieben, sie werde aber dennoch klar. Den bisherigen Nutzern der diversen Liegenschaften auf dem Leepünt-Areal solle die Möglichkeit eingeräumt werden eine geeignete Nachfolgelösung zu finden. Ein nachvollziehbares Anliegen, auch wenn die Nutzer bereits ein volles Jahr im Voraus über den Rückbau informiert wurden. In diesem Punkt habe aber die Gegenwart die Motion bereits eingeholt. Der Stadtrat habe gehandelt und sich von der ursprünglichen Planung – Rückbau aller Gebäude im September 2012 – verabschiedet und stattdessen eine Etappierung des Abbruchs geplant. Somit würden diverse Nutzer genügend Zeit bekommen, sich um neue Standorte zu kümmern. Bis 2014 werde auch die letzte Einrichtung an einem neuen Standort den Betrieb aufnehmen können. Aus seiner Sicht und sicher aus Sicht der Motionärin ein sehr positiver und konstruktiver Schritt des Stadtrates. Befremdend sei allerdings die Tatsache, dass die Öffentlichkeit zuerst durch einen Leitartikel im Glattaler Kenntnis von den Rückbauplänen erhalten habe. Dies noch bevor ein entsprechender Antrag des Stadtrates – ohne Etappierung und somit in Kompetenz Gemeinderat – hätte eingereicht werden können. Die Motion erhebe den Vorwurf, dass durch die Etappierung des Abbruchs – die Gründe dafür habe er vorab genannt – der Stadtrat den Rückbau nun in eigener Kompetenz bewilligen könne und nicht vor den Gemeinderat müsse. Was genau möchte die Motion denn nun? Für die Gebäude auf dem Leepünt-Areal gebe es verschiedene Bezeichnungen, allesamt äusserst treffend: Abbruchobjekte, Zentrumsruinen, Schandfleck Dübendorfs und und und. In seiner Antwort auf eine frühere schriftliche Anfrage zu diesem Thema habe der Stadtrat bereits deutlich gemacht, dass eine Investition in die Sanierung dieser Gebäude nicht sinnvoll sei. Und: solche energetische Bruchbuden könne und dürfe sich eine Energiestadt nicht leisten, will sie ihrem Label Glaubwürdigkeit verleihen. Unter dem Strich bleibe für ihn das Fazit: zurückgebaut werden diese Gebäude sowieso. Ob in Kompetenz Stadtrat oder durch einen Entscheid des Gemeinderates mache keinen Unterschied – billiger oder teurer werde der Abbruch für den Steuerzahler dadurch nicht. Er sei sich zudem sicher, dass niemand in diesem Saal auch noch in 5 oder 10 Jahren mit diesem Anblick konfrontiert werden möchte. Damit der Weg frei sei für eine zukunftsgerichtete Planung auf dem strategisch einmalig gelegenen Leepünt-Areal, werde die GEU/glp-Fraktion die Motion nicht überweisen. Sie würde aber vom Stadtrat erwarten, dass rasch konkrete Vorschläge zum weiteren Vorgehen vorgelegt würden. Denn der Abbruch der Gebäude auf dem Leepünt-Areal sei der Startschuss für viele weitere Diskussionen und Begehrlichkeiten rund um die Zukunft des Geländes. In diesem Rat, wie auch in der Öffentlichkeit.

*Marcel Berli (SVP)*

Selten sei eine Motion der SP/JUSO/Grüne Fraktion innerhalb der SVP so eingehend behandelt worden, wie diese. Einzelne Beweggründe hätten auch bei ihnen Verständnis und vereinzelt sogar



Zustimmung gefunden. Der Ablauf, und die widersprüchlichen Aussagen der Betroffenen im letzten Jahr an einer GR-Sitzung über den Informationsfluss, haben sie auch nicht glücklich gemacht. Aber, dass diese alten, bald gefährlichen, Gebäude an bester Lage in Dübendorf abgerissen werden müssen und nicht mehr renoviert werden können, sei eigentlich jedem Ratsmitglied seit Jahren klar. Dass die Heiz- und Energiekosten, in keinem Verhältnis zum Gebäude und einer möglichen Nutzung stehen und die Unterhaltskosten nur auf nötigste reduziert wurden. Darüber seien sie bereits durch den Stadtrat mehrmals informiert worden. Die fehlende Bau-Substanz, das selbstaufgelegte Energie-Label verbiete es schon lange, solche baufälligen Gebäude zu unterhalten. Dass man die letzten Jahre mit temporären Mietern die Zeit überbrückt habe um wenigstens einen Teil der Energie und Unterhaltskosten zu decken sei sinnvoll, dürfe aber nicht plötzlich als neue Grundlage dienen, alles wieder zu hinterfragen. Marcel Berli erinnert an Vorstösse und Fragestunden in denen sie und vor allem auch die SP/Juso/Grüne Fraktion, den Stadtrat mehrmals aufgefordert haben mit diesem brachliegenden Grundstück an bester Lage etwas zu unternehmen. Von einem „Schandfleck in Dübendorf“, von „fehlender Bereitschaft zur Stadtentwicklung“ sei bei den Vorträgen stets die Rede gewesen.

Ein Neubau mit Alterswohnungen sei gefordert worden, die Idee eines neuen Gemeindesaals wurde schon vorgetragen, ein neues Vereins- oder Gemeinschaftszentrum sei zu prüfen und noch vieles mehr. Der Stadtrat nehme eine vom Gemeinderat geforderte Aufgabe wahr und terminiert nach mehreren Informationen im letzten Jahr an den Gemeinderatsitzungen einen Teilabbruch. Gelte dies alles nicht mehr? Warum versuche man jetzt überraschend die ganze Übung wieder abzuberechnen?

Stehe hinter dieser Motion wirklich die Überzeugung von einer „Kompetenzüberschreitung in Etappen“? Werde mit dem vernichteten Wert wirklich das Gebäude angesprochen nicht eine Leistung die dort vollbracht wird? „Sind wir doch ehrlich geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Hier werden verständliche Interessen einzelner Mieter und Institutionen vertreten, die in diesen Gebäuden seit Jahren unbestritten wertvolle soziale Arbeit verrichten.“

Dies sei auch seiner Fraktion bewusst und sei das grosse Thema bei der Behandlung dieser Motion gewesen. Es sei aber falsch und auch ein gefährlicher Weg, seit Jahren mehrere baufällige Liegenschaften notdürftig am Leben zu erhalten, bis sämtliche Institutionen oder Mieter einen passenden Ersatzort gefunden haben. Richtig und Unterstützungswürdig würden sie eher ein Engagement der Motionssteller bei der Mithilfe oder Suche eines Ersatzstandortes sehen und nicht taktische Einsprachen um notwendige, mehrmals angekündigte, überfällige Aufgaben wieder zu stoppen. Niemand suche mit letzter Konsequenz nach anderen Standort-Möglichkeiten solange kein Auszugs- oder Abbruchtermin stehe. Diese Motion verhindere auch wieder die von ihnen selber und fast allen Parteien immer wieder geforderte Stadtentwicklung! Was berechtige sie eigentlich noch bei Annahme dieser Motion „die fehlende Investitionsbereitschaft des Stadtrates“ zu kritisieren? Wenn sie bei jedem gemachten Schritt der Exekutive, mit mehr Wünschen anstelle nachvollziehbaren Begründungen im Antrag wieder zwei Schritte zurückfordern?

Sie verständen einzelne Beweggründe dieser Motion und werden, was den Ablauf betrifft, genau hinsehen, seien aber überzeugt, dass die Aufgaben an den Stadtrat zu diesem Areal seit Jahren klar sind und eigentlich schon zu lange gewartet wurde. Sie hoffen, dass weiterhin zielstrebig an möglichen Projektvorschlägen gearbeitet werde, dass dieses Areal an Toplage noch vor dem Jahr 2020 ökologisch, für die Stadt gewinnbringend und wieder sinnvoll genutzt werden könne. Denn dies sei auch eine Aufgabe, die sie gegenüber unserer Bevölkerung hätten. Aus diesem Grund hoffen sie, dass diese Motion nicht angenommen werde.

Er beantragt Ablehnung der Motion.

*Andrea Kennel (SP)*

Nicht alle hätten die Idee hinter ihrer Motion verstanden. Es gehe ihr um die Kompetenzen und die Tricks, die angewandt würden, um diese Kompetenz beim SR zu belassen. Zuerst die Aufteilung in zwei Etappen. Immer wenn man über den Abbruch etwas höre, rede man vom Ganzen. Der SR



verstehe es jedoch so, dass er es etappieren dürfe. Dann habe sie am 12. April 2012 eine Antwort auf ihre Schriftliche Antwort bekommen. Darin sei festgehalten, dass sich der Abriss der Gebäude auf 244'000 und die Sanierung der Altlasten auf 32'500 belaufen würde. Die Altlasten seien ganz klar abgeklärt worden, sei vom Finanzvorstand gesagt worden. Der Finanzvorstand habe jetzt den Entscheid des SR – keine zwei Monate nach Beantwortung der Schriftlichen Anfrage – erwähnt. Der GRPK sei dieser Entscheid bekannt. Da der Finanzvorstand ihn erwähnt habe, dürfe sie als GRPK-Mitglied ihn jetzt auch verwenden. Der Betrag für den Abriss sei innert zwei Monaten von 244'000 auf 280'000 erhöht worden. Ebenfalls hätte der Betrag für die Altlastensanierung erhöht. Namentlich von 32'500 auf 90'000. Nun habe sich das Problem ergeben, dass beide Beträge zusammen über 300'000 kommen würden. Der zweite Trick sei, dass man nach der Aufteilung in Etappen eine Aufteilung in ungebunden und gebunden mache. So viel wolle sie zum Vorgehen und dem Ritzen der Kompetenz des SR sagen. Bei der SVP sei ein wichtiger Punkt vergessen worden. Sie sei absolut damit einverstanden, dass mit dem brachliegenden Grundstück endlich etwas gemacht werden solle. Jedoch habe ein Abriss jetzt oder ein Entscheid in einem ½ Jahr durch den GR überhaupt keinen Einfluss darauf, dass die Planung jetzt endlich müsste vorangetrieben werden. Auch mit dem Zeithorizont sei sie absolut einverstanden. Wichtig sei ihr jedoch eine fundierte Grundlage und eine ehrliche Aussage des SR, wie was aussehe. Wichtig darum, dass man mit Überzeugung und aufgrund belegten Zahlen hinter dem Abriss stehen könne. Zum Thema Energietechnik, das von der GIp erwähnt wurde, weist sie darauf hin, dass der Finanzvorstand, der auch dieser Partei angehöre, für die Liegenschaften zuständig sei. Der SR habe heute versprochen, dass die 280'000 genügen für den Abriss. Sie hoffe, dies sei entsprechend protokolliert worden. Zur FDP sagt sie, dass das Loch wo jetzt die Gebäude seien, werde man noch zehn Jahre haben. Was sie vermisse sei, dass noch nicht gesagt wurde, welche Zwischenlösung bis ins Jahr 2025 vorgesehen sei. Diese Frage sei nicht beantwortet. Und wenn dort nichts gemacht werde, dann würde dort ein Loch entstehen, welches wirklich peinlich wäre.

### *Bruno Fenner*

Er habe eigentlich gar nichts zu diesem Thema sagen wollen. Aber er habe heute so viel Quatsch und heisse Luft gehört. Er frage sich, was sie eigentlich noch überlegen. Die Motion fordere nur etwas, nämlich klare Antworten und Transparenz. Er sei sich in diesem Punkt voll und ganz mit der Motionärin einig. Er habe gehört, dass die Planung erst möglich sei, wenn der Abbruch fertig sei. Dahinter würde sich der SR verstecken. Er wirft ein, dass die Planung normalerweise auf Papier gemacht werde und nicht auf „Bauklötzen“. Ein Abbruch auf Vorrat (man wisse ja nicht was komme) sei unsinnig. Darum begreife er nicht, wieso die Motion nicht einfach überwiesen werde. Sie würde ja nur Antworten fordern.

### **Abstimmung**

Die Motion „Gebäudeabbruch Leepünt“ wird mit 20 zu 12 Stimmen abgelehnt und ist damit abschliessend behandelt.





#### 4. Postulat Theo Johner (BDP/EVP) und 5 Mitunterzeichnende "Optimierte Strassenbeleuchtung" / Begründung GR Geschäft Nr. 155/2012

##### Begründung Postulat:

*Theo Johner (BDP/EVP)*

Er erklärt, dass es ihm im Postulat um das „wie“ einer Umstellung auf eine optimierte Strassenbeleuchtung gehe und nicht um das „ob“ oder „wann“. Um dies zu erläutern geht er auf die spezifischen Eigenschaften der Leuchtioden ein. Diese hätten in den letzten paar Jahren gewaltige Fortschritte gemacht und auch viele Institutionen wie bspw. Hochschulen hätten auf diese umgestellt. Die wichtigen Eigenschaften seien hohe Energieeffizienz, gute Lichtqualität, sehr lange Lebensdauer, eine hohe Schaltfestigkeit, ein klarer und gerichtetes Licht. Jedoch würden auch sehr hohe Anschaffungskosten anfallen.

Energie sparen würde nicht nur erreicht, weil sie effizienter seien, sondern auch das Licht sehr gerichtet sei. Anstatt das Terrain neben den Strassen mitzubeleuchten, würde der ganze Strahl gebündelt auf die Strasse fallen. Dadurch würde insgesamt weniger Licht gebraucht werden und es gäbe auch weniger unerwünschte Beleuchtung des Himmels. Ebenfalls könnten sie beliebig oft aus- und eingeschaltet werden und seien sofort hell. Man könne mit Bewegungssensoren arbeiten und sie dazu auch dimmen. Diese Dimm-Möglichkeit gäbe auch mehr Möglichkeiten in einer effizienten Beleuchtung. Dadurch dass hohe Anschaffungskosten anfielen sei es wichtig, dass man sich frühzeitig überlege, ob man diese Leuchtioden anschaffen wolle. Mit seinem Postulat wolle er deshalb erreichen, dass sich der SR überlegt, ob er diese Umstellung wolle. Da in den nächsten Jahren in diesem Bereich sowieso technische Fortschritte gemacht würden, stände man auch nicht unter Zeitdruck und die Postulatsfrist könne bei Bedarf auch verlängert werden.

##### Stellungnahme Stadtrat durch Stadtpräsident Lothar Ziörjen

Er erklärt, dass der Stadtrat bereit ist, das Postulat entgegenzunehmen.

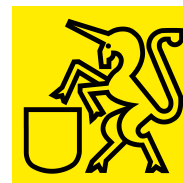
##### Allgemeine Diskussion

*Lena Lademann (SP/Juso/GP)*

Wie sie schon im Zusammenhang mit ihrer Anfrage zur Weihnachtsbeleuchtung betont habe: Es komme eine neue Generation von Beleuchtung, ein technischer Fortschritt mit dem die Stadt Dübendorf unbedingt mithalten müsse. Die LED-Lämpchen bieten – im Postulat von Theo Johner erwähnte – Vorteile gegenüber der älteren Lampengeneration: Sie sparen Strom, haben eine gute Lichtqualität, eine lange Lebensdauer, eine hohe Schaltfestigkeit, gerichtetes Licht und sind besser für die Umwelt. Leider sei die Umstellung LED-Lämpchen nicht billig, aber dadurch, dass ihr Stromverbrauch sinke, liessen sich die Kosten wieder ausgleichen und längerfristig auch einsparen. Wenn man eine genauere und effizientere Beleuchtung gestalten könne, werde zudem der Lichtverschmutzung entgegengewirkt und man könne ein angenehmes Ambiente auch für die Dübendorferinnen und Dübendorfer bewirken. Wichtig sei dabei einfach, dass die Stadt sich von Experten beraten lasse, besonders auch, weil die LED-Lämpchen noch in einer raschen Entwicklungsphase ständen. Es sollten keine überstürzte Eentscheide gefällt werden, sondern nachhaltig eine für umweltfreundliche und schöne Beleuchtung in unserer Stadt geplant werden. Weil Dübendorf Energiebewusstsein und Komfort für seine Einwohner bieten soll und will, unterstütze ihre Fraktion das Postulat. Sie bittet die Damen und Herren Gemeinderat dieses Postulat zu überweisen und bedankt sich herzlich.

*Gaby Gosswiler (FDP)*

An und für sich finde die FDP-Fraktion das Postulat Johner sympathisch, trotzdem würden sie für Nichtüberweisung stimmen. Sie würden davon ausgehen, dass das Energiestadtlabel die



verantwortlichen Entscheidungsträger im Stadtrat und bei den Glattwerken verpflichte, sich ständig mit technischen Weiterentwicklungen zu beschäftigen und entsprechend zu handeln. Sie seien der Meinung, dass es sich bei den Glattwerken um ein innovatives Unternehmen handele, das wisse, wann der Moment zur Umstellung auf die LED-Technik gekommen ist und die entsprechenden Massnahmen in Angriff nehme – sei dies via Stadtrat mit Antrag an den Gemeinderat oder in eigener Regie. Da dies wie erwähnt für die FDP eine Selbstverständlichkeit darstelle, seien sie der Meinung, dass das Postulat Johner überflüssig sei.

Sie bittet darum, sich ihnen anzuschliessen und einer Überweisung nicht zuzustimmen.

## **Abstimmung**

Das Postulat „Optimierte Strassenbeleuchtung“ wird mit 18 zu 17 Stimmen dem Stadtrat zur Berichterstattung und Antragstellung überwiesen.

## **5. Zustimmung zum öffentlichen Gestaltungsplan "Pfadiheim Schlupf" sowie zur Änderung des Zonenplans Kat.-Nr. 1644 und der Bauordnung Art. 26a Ziffer 4 (neu) / Genehmigung**

---

### Referat Präsident KRL

*Thomas Maier (GEU/glp)*

Heute werde über die weitere Entwicklung des Pfadiheims im Schlupf entschieden. Diese weitere Entwicklung sei in zwei Teile aufgeteilt. Er spreche jetzt zuerst ausschliesslich zu den planungsrechtlichen Grundlagen, dem Gestaltungsplan, der in der KRL behandelt wurde. Der Baubezug wurde in der GRPK behandelt und folgt im anschliessenden Geschäft. Selbstverständlich hängen die beiden Geschäfte aber natürlich eng zusammen und machen v.a. zusammen Sinn.

Alle kennen wohl, häufig wie er aus eigener Erfahrung als Pfadfinder, das Pfadiheim Schlupf am Waldrand unterhalb der Unteren Geerenstrasse. Erbaut wurde es 1968 und wird getragen vom Verein Pfadiheim Schlupf Dübendorf. Da der Sanierungsbedarf in den letzten Jahren immer grösser geworden sei, liegen jetzt diese beiden Geschäfte vor. Am bisherigen Standort soll eine neue Unterkunft mit behindertengerechten Schlaf- und Gruppenräumen, einer Küche und sanitären Einrichtungen v.a. für die zum Glück immer noch sehr beliebten samstäglichen Anlässe der Pfadi erstellt werden. Zum Gestaltungsplan: Da das Areal ausserhalb der Bauzone im Landwirtschaftsgebiet liege, sei die einzige Möglichkeit die Erarbeitung eines Gestaltungsplanes zur Realisierung des gewünschten Neubaus. Dieser öffentliche GP liege nun vor. Zum geplanten Bau, Minergie, Holzbauweise, eingebettet in den Siedlungsrand / Waldrandgebiet sage er nicht mehr viel dazu - Die positiven Punkte können der Weisung und den Unterlagen des Stadtrates entnommen werden. Diese möchte er an dieser Stelle übrigens herzlich verdanken - sie sei umfassend und beleuchte alle wichtigen Punkte. Hinweisen möchte er noch auf eine wichtige Änderung, die nach der Vernehmlassung vorgenommen wurde. Das Gebiet werde auf Hinweis des Kantons neu von der LWZ in die Erholungszone umgezont. Ansonsten seien in der öffentlichen Anhörung keine Einwendungen eingegangen. Wie wichtig unsere Pfadi für unsere Jugend sei, müsse er an dieser Stelle nicht noch einmal betonen. Er erspare auch Musterchen und Details aus seiner eigenen Pfadizeit, an die er nur gute Erinnerungen habe.

Die KRL hat alle Eckpunkte dieses Gestaltungsplanes eingehend geprüft und für gut befunden. Sie empfiehlt dem GR einstimmig die Annahme des Gestaltungsplans.

### Stellungnahme der Mitglieder KRL

*Patrick Angele (SP/Juso/GP)*

Er spreche für beide Geschäfte (Gestaltungsplan und Beitrag), da diese eng miteinander verknüpft seien. Er habe heute bewusst seine Pfadikrawatte angezogen, um damit zu zeigen, dass die Pfadi fürs Leben präge und einen grossen Teil seiner Persönlichkeit ausmache.



Er spricht davon, dass die Pfadi viel für die Jugendlichen leiste. Vor allem das Lagererlebnis sei sehr entscheidend. Nun hätten engagierte Junge die Erneuerung des Pfadiheims durch viel Freiwilligenarbeit und Einsatz an die Hand genommen. Er stimme beiden Vorlagen mit Überzeugung zu. Beides sei für die Zukunft der Pfadi und auch für die Stadt Dübendorf sehr wichtig und er bittet den beiden Anträgen mit grossem Wohlwollen zuzustimmen. Für das Tempo und das Engagement bei der Bearbeitung dieser Vorlagen bedankt er sich bei allen Beteiligten.

#### Stellungnahme Stadtrat durch den Stadtpräsident Lothar Ziörjen

Im Gespräch habe es sich gezeigt, dass der Weg schwer und weit sei. Es ist ein spezielles Projekt bezüglich Kosten und Lage. Die Vertreter der Pfadi seien sehr offen für den Weg, den der SR eingeschlagen habe. Nicht nur bezüglich den Kosten sondern auch in Hinblick auf das Vorgehen. Dieser Weg wurde auch mit den Vertretern des Kantons zusammen gefunden, denen er an dieser Stelle dankt. Ein Neubau mit Umzonung an dieser Lage sei nicht selbstverständlich.

Er weist nochmals darauf hin, dass die Begleitung seitens Pfadi professionell war und auch auf die Wünsche des SR und des Kantons eingegangen wurde. Ebenfalls weist er darauf hin, dass der Bau standortgebunden sei, weil der Bezug zur Natur überaus wichtig sei. Auch ist er froh, dass die Erben des verstorbenen Walter Bosshard auf das Projekt eingestiegen sind und ihre Zustimmung zum Vorgehen und ihr Grundstück weiterhin zur Verfügung gestellt haben.

Sein Dank geht auch an die KRL, die das Geschäft schnell behandelt habe. Besonders gefreut habe ihn die einstimmige Zustimmung.

Der SR ist voll und ganz davon überzeugt, dass es ein gutes Projekt ist und bittet um Zustimmung.

#### Allgemeine Diskussion

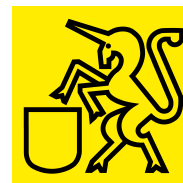
Keine.

#### **Abstimmung**

Dem öffentlichen Gestaltungsplan „Pfadiheim Schlupf“ sowie der Änderung des Zonenplan Kat.-Nr. 1644 und der Bauordnung Art. 26a Ziffer 4 (neu) wird mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

#### **Beschluss**

1. Im Zusammenhang mit dem Projekt Pfadiheim Schlupf wird folgenden Planungsmitteln, gestützt auf § 84 des Planungs- und Baugesetzes (PBG), zugestimmt:
  - 1.1 Dem öffentlichen Gestaltungsplan „Pfadiheim Schlupf“ auf dem Grundstück Kat.-Nr. 1644, bestehend aus dem Situationsplan Massstab 1:200 und den dazugehörigen Vorschriften vom 18. August 2011.
  - 1.2 Der Zonenplanänderung im Zusammenhang mit dem öffentlichen Gestaltungsplan Pfadiheim Schlupf auf Kat.-Nr. 1644 vom 4. Juli 2011.
  - 1.3 Der Änderung der Bauordnung, Art. 26a Ziffer 4 (neu): „In der Erholungszone ED ist das Pfadiheim Schlupf, gemäss zugehörigem öffentlichen Gestaltungsplan, zulässig.“  
Der Gestaltungsplan sowie die Änderung von Bauordnung und Zonenplan bedürfen gemäss § 89 PBG der Genehmigung durch die Baudirektion des Kantons Zürich und treten nach der entsprechend öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.
2. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug

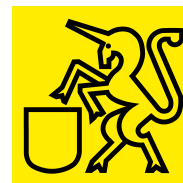


## 6. Zustimmung zum Neubau "Pfadiheim Schlupf", Baubeitrag / Genehmigung GR Geschäft Nr. 130/2012

### Stellungnahme GRPK durch Leiter der UK Dominic Müller (CVP)

Es habe um dieses Geschäft schon ein paar Diskussionen, unter anderem über den Gestaltungsplan, gegeben. Nun gehe es darum, das Geschäft mit 700'000 Franken Steuergelder zu unterstützen. 700'000 Franken entspreche ungefähr dem Betrag, der im Jahr für die Kehrichtverbrennung ausgegeben werde. Oder so viel, wie der doppelte Bussenertrag oder der doppelte Betrag für die Flutlichtanlage im Zelgli. Die zentrale Frage in diesem Zusammenhang sei, für was das Geld sei und wie das Verhältnis der Finanzierenden. Er gibt einen kurzen Überblick über die Eckdaten und die Finanzierung. Um die Pfadihütte, was sie heute ist, in Zukunft zu einem Heim machen zu können, habe es einen Architekturwettbewerb gegeben. Beim Gewinnerprojekt seien die Architekten selber Pfadfinder. Diese wissen aus eigener Erfahrung besonders gut, was nötig ist für ein solches Pfadiheim. Der Holzbau füge sich sehr gut in die Gegend und die Landschaft ein. Der Bau solle 60-80 Personen Platz bieten, eine Küche und Schlafplätze aufweisen. Zu diesen Schlafplätzen gehören auch Dusch- und Toilettenanlagen. Die Unterkellerung lasse das Gebäude noch besser nutzen. Zusätzlich speziell sei, dass das Gebäude behindertengerecht gebaut werden solle. Die Kosten für das ganze Projekt beliefen sich auf knapp 1.6 Millionen Franken. Die Planung liege sehr detailliert vor, die einzelnen Positionen seien sauber ausgewiesen. Das Grundstück sei gratis. Die grösste Position sei mit gut 1.1 Millionen Franken das Gebäude selbst. Das möge als viel erscheinen, ergebe sich aber auch durch die Bauauflagen (bspw. Isolation, Sanitäre Anlagen etc.), die heute jedes Gebäude erfüllen müsse. Die Kosten sollen zu ca. 31 % durch private Förderungen und Stiftungen, zu 23 % Eigenleistung und zu 46 % öffentlicher Förderung – also 700'000 Franken der Stadt Dübendorf - aufgebracht werden. Die Zusage der Stadt Dübendorf sei eine Voraussetzung, damit die privaten Förderungen und Institutionen auch ihre Zusage geben. Gemäss Zeitplan sei der heutige Entscheid ein wichtiger Meilenstein, damit der Baubeginn im Frühling 2013 und die Umsetzung bis im Herbst 2013 erfolgen können. Er vergleicht das Pfadiheim Schlupf mit den Pfadiheimen Uster, Mönchaltorf, Kloten, Adligenswil. Die geringsten Kosten fielen mit 251'600 Franken beim Pfadiheim in Mönchaltorf an, wobei dieses Pfadiheim über keine Schlafplätze verfügt. Der höchste Betrag (4'362'000 Franken) wurde für ein Pfadizentrum in Uster ausgegeben, das sich über vier Häuser erstreckt und die doppelte Anzahl Schlafplätze aufweist wie das geplante Pfadiheim Schlupf. Die zweite Frage sei, wie die 700'000 Franken im Verhältnis zur finanziellen Unterstützung vergleichbarer Projekten in Dübendorf stehe. Dazu wurde vom SR eine Aufstellung über die Investitionsbeiträge an Infrastrukturen, die hauptsächlich von Vereinen genutzt werden, zur Verfügung gestellt. Dies um ein Gefühl dafür zu bekommen, ob der Beitrag fürs Pfadiheim Schlupf verhältnismässig sei. Gemäss dieser Aufstellung liegen die beantragten 700'000.00 Franken ungefähr im Mittelfeld. Es sei zwar ein grosser Betrag, dieser liege jedoch in einem vernünftigen Verhältnis und es sei auch einmal ein Beitrag, der nicht für einen Sportverein gesprochen werde. Zum Thema Finanzierung habe der Stadtpräsident bereits gesagt, dass das Projekt sehr ehrgeizig sei. 23 % sind hohe Eigenleistungen und Zusagen von Dritten sind abhängig von der Zusage der Stadt. Die Finanzierung der Stadt müsse jedoch zuerst sichergestellt sein, bevor der Betrag durch die Stadt gesprochen werde. Das Geld werde in das Gebäude investiert und könne dadurch mittels Baurechtsvertrag für die nächsten 40 Jahre gesichert werden.

Gesamtbeurteilung: Auch die GRPK sei von diesem Projekt überzeugt. Es sei ein gutes und überzeugendes Projekt. Das Verhältnis Kosten-Nutzung sei vernünftig. Der Bestand sei durch den Baurechtsvertrag gesichert. Der Betrag liegt in einem Rahmen, der vertreten werden könne. Des Weiteren sei es eine direkte Unterstützung von Dübendorf an die Dübendorfer Jugend. Darüber hinaus könne das neue Pfadigebäude auch durch die Einwohnerinnen und Einwohner von Dübendorf genutzt werden. Somit würde es ein Stück Infrastruktur werden, das allen Steuerzahlern zugutekommen würde. Darum unterstütze die GRPK die Finanzierung dieses Betrags. Die



Diskussion eines Themas habe zu einem Änderungsantrag geführt. Die GRPK sei der Meinung, dass der städtische Betrag bis zu 700'000 Franken gehen aber 50 % der Projektkosten nicht überschreiten dürfe. Er bittet, dem Änderungsantrag der GRPK zuzustimmen.

#### Stellungnahme der Mitglieder GRPK

Keine.

#### Stellungnahme Stadtrates durch den Finanzvorstand Martin Bäumle

Er habe den Beschluss der GRPK nicht erhalten, der SR sei jedoch bereit den Antrag entgegen zu nehmen. Die Pfadi mache sehr viel mit Eigenleistung, könne damit jedoch nicht alles bezahlen. 0.7 Millionen töne nach viel, es sei jedoch bereits das dritte Mal, dass ein solche Betrag gesprochen wurde (Vergleich: Curlinghalle).

Er bitte im Namen des SR dem Projekt mit der Erweiterung der GRPK zuzustimmen.

#### Allgemeine Diskussion

##### *Bruno Fenner (BDP/EVP)*

Zum öffentlichen Gestaltungsplan habe er sich absichtlich nicht geäußert. Hier habe Thomas Maier bereits das Wesentliche gesagt. Das einzige was ihn störe sei die unendlich lange Zeit, die vergangen sei, bis ein solches Projekt politisch endlich umgesetzt werden könne. Politische Wege können ja unterschiedlich lange sein (siehe Nachtragskredit Alterszentrum etc.). Eine so lange Zeit müsse in den Augen der Jugend ja Jahrzehnte gedauert haben. Als ungeduldiger Politiker habe er den KRL-Präsidenten sicher ab und zu mit seiner Fragerei genervt. Wann komme dann endlich der Gestaltungsplan Pfadiheim Schlupf auf die Traktandenliste. Aber Gott sei Dank, sei dies jetzt seit fünf Minuten Schnee von gestern. Jetzt aber gehe es um den à-fonds-perdu-Beitrag von CHF 700'000.00, der für das gelungene Projekt bewilligt werden müsse. Er sei begeistert von diesem Projekt und vom Engagement der Pfadiorganisationen, dies sich um rund 200 Jugendliche kümmern. Wenn man bedenke, dass sich der SR letztmals vor 24 Jahren mit CHF 25'000.00 an den nötigen Sanierungsarbeiten am Pfadiheim Schlupf beteiligt habe und das Pfadiheim, im Gegensatz zu anderen Sportvereinen und Institutionen, keine regelmässigen Beiträge der öffentlichen Hand beziehe, sei es ein Muss, diesen Baubeitrag zu genehmigen. Innovativ, mutig und durchaus bewundernswert sei die Finanzierung dieses 1.6 Millionen Projektes. Die finanziellen Mittel sollen über Beiträge der öffentlichen Hand, über Spenden von Donatoren und Sponsoren, über Aktionen sowie Eigenleistungen der Pfadi und der Alt Pfadi aufgebracht werden. Dass dies gelingen werde, sei für ihn sonnenklar. Bereits als 12-jähriger Pfadfinder 1968 habe er Dachlatten mit seinen Pfadikollegen auf das Schlupfdach genagelt. Seit diesen Tagen der so genannten Frontarbeiten habe er eine emotionale Bindung zu diesem Haus am Waldrand und der Pfadi allgemein. Keinen Moment habe er gezögert, als er von Marc Angele (Pfadiname Primus) angefragt wurde, ob er mit ihm und Reto Weber (Pfadiname Bagheera) das Gelände vermessen und anschliessen einen Höhenkurven-Kotenplan erstellen würde. An einem kalten Samstagmorgen im Februar 2009 erledigte er die Arbeit mit seinen super motivierten Messgehilfen. Darum zweifle er keinen Augenblick, dass diese jungen, motivierten Leute das Geld zusammenbringen werden. Alle hätten diverse Möglichkeiten mit einem persönlichen finanziellen „Zustupf“ diesem tollen Projekt zu helfen. Die Infobroschüre hätten ja alle bekommen. Wie es bereits erahnt werden könne, unterstütze auch die Fraktion der BDP/EVP, den Beitrag von CHF 700'000.00 zu sprechen. Er dankt für die Aufmerksamkeit.

##### *Andrea Kennel (SP/Juso/GP)*

Die Unterstützung sei nicht nur sehr sympathisch sondern auch sehr wichtig. Vereine seien wichtig für Dübendorf. Sie fördern sie Attraktivität und sind aktiv. Auch sonstige Vereinsunterstützungen würden im GR meist sehr positiv entgegengenommen. Einzig die Frage nach der Fairness stellt sie sich, da die Sympathie zu den Vereinen unterschiedlich sei. Deshalb wünschte sie sich vom SR eine Aufstellung dieser Unterstützungen, da ihr die Transparenz sehr wichtig sei.



## Abstimmung

In einer ersten Abstimmung wird die stadträtliche Vorlage dem Änderungsantrag der GRPK gegenübergestellt. In dieser Abstimmung obsiegt der Antrag der GRPK mit 35 zu 0 Stimmen.

In der Schlussabstimmungen wird der Antrag der GRPK, nämlich 50 % der Projektkosten gemäss Projektabrechnung, jedoch maximal CHF 700'000.00, mit 35 zu 0 Stimmen zugestimmt.

## Beschluss

1. Dem Verein „Pfadiheim Schlupf“ wird an die Kosten des Neubauprojektes zulasten Konto 1540.5650.10 ein à-fonds-perdu-Beitrag ausgerichtet. Und zwar 50 % der Projektkosten gemäss Projektabrechnung, jedoch maximal CHF 700'000.00.
2. Die Beitragsleistung erfolgt unter dem Vorbehalt, dass der Gestaltungsplan genehmigt wird, der Bestand des Pfadiheims langfristig mit dem Grundeigentümer gesichert ist und auch das Finanzierungskonzept so gesichert ist, dass seitens der Stadt Dübendorf keine Nachschusspflicht entsteht.
3. Mitteilung an Stadtrat zum Vollzug



## 7. Jahresrechnung 2011 / Genehmigung GR Geschäft Nr. 147/2012

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) erklärt zuerst den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. In der Eintretensdebatte wird zuerst Eintreten oder Nichteintreten beschlossen. Bei Eintreten wird anschliessend die Detailberatung durchgeführt. Wenn dabei zu den einzelnen Abschnitten keine Anträge gestellt werden, gelten diese als genehmigt.

Gegen diesen Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren gibt es keine Einwände.

### Eintretensdebatte

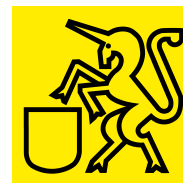
*Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):*

„Ich gliedere mein Referat in drei Teile: Eintretensdebatte mit einer Gesamtschau / Detailberatung mit Hinweisen zu Feststellungen / Antrag

Die GRPK befasste sich in den letzten Wochen intensiv mit der Prüfung und der Beurteilung der Rechnung 2011. Die GRPK stellte wie in den Vorjahren zahlreiche Fragen zur Rechnung zusammen, die zwischenzeitlich zur Zufriedenheit der Kommission beantwortet worden sind. Einen zentralen Stellenwert bei der Bearbeitung der RG 2011 nimmt wiederum die obligatorische finanztechnische Revision durch das Gemeindeamt des Kantons Zürich ein. Das Ergebnis ist sehr erfreulich: Wenig Bemerkungen und Hinweise und ein gut eingeführtes internes Kontrollsystem IKS zeigen, dass die Rechnung der Stadt Dübendorf sorgfältig geführt wird. Die Revisoren attestieren im Quervergleich mit anderen Gemeinden eine überdurchschnittliche Qualität. Die GRPK ist froh, die Verantwortung für die Kontrolle der Rechnung auf mehrere Schultern zu verteilen. So können wir uns auf die politischen Aspekte konzentrieren. Das Milizgremium ist schlicht nicht in der Lage, eine Rechnung in der Grösse der Stadt Dübendorf technisch fundiert zu kontrollieren und allfällige Fehlentwicklungen zu erkennen. Die GRPK nahm das positive Ergebnis mit einem Überschuss in der laufenden Rechnung von rund 8,6 Mio. CHF und mit seiner grossen Budgetabweichung zur Kenntnis. Der finanzielle Spielraum der Stadt Dübendorf ist grösser geworden. Das Eigenkapital der Stadt ist erneut verstärkt worden. Unser Gemeinwesen ist gut gerüstet, um die kommenden Aufgaben anzupacken. Trotzdem gilt es, weiterhin haushälterisch mit dem Steuerfranken umzugehen und jede Ausgabe auf ihre Notwendigkeit und Zweckmässigkeit hin zu überprüfen. Es gilt weiterhin Notwendiges vom Wünschbaren zu trennen. Gute Ergebnisse können nämlich dazu verleiten, grosszügig zu werden. Vor diesem Hintergrund ist der SR bei den Arbeiten rund um den VA13 gefordert, den Steuerfranken weiterhin effizient und effektiv einzusetzen. Leider investiert die Stadt seit ein paar Jahren nur unterdurchschnittlich in die Infrastruktur. Grössere Projekte – ich denke da an die Erweiterung des Alterszentrums - benötigen sehr viel Zeit in der Vorbereitungsphase. Die GRPK ermuntert den SR, die Vorhaben konsequent, sorgfältig und zielgerichtet voranzutreiben und auch zu realisieren. Ich bedanke mich bei dieser Gelegenheit bei allen, die an der Rechnung 2011 mitgearbeitet haben. In meinen Dank schliesse ich den Stadtrat und die Mitarbeiter der Verwaltung für ihre Arbeit rund um die Beantwortung der GRPK Fragen ein. Die Antworten waren überwiegend informativ, offen und ehrlich. Die Bearbeitung unseres Fragenkatalogs ist aufwendig, ermöglicht uns aber einen vertieften Einblick in verschiedene aktuelle Herausforderungen und Fragestellungen. Die GRPK beantragt Eintreten auf die Rechnung 2011.“

*Wortmeldung Hans Baumann (SP):*

„Die Stadt hat gegenüber dem Voranschlag fast 20 Millionen mehr eingenommen. Nach Verrechnung mit den Mehrausgaben der laufenden Rechnung sowie den etwas geringeren Abschreibungen ergibt sich eine Verbesserung des Überschusses gegenüber dem Budget von rund 12.5 Millionen Franken.“



Die Fraktion von SP/Juso und Grünen kann die Freude des Stadtrates über das gute Rechnungsergebnis nicht teilen. Der höhere Überschuss hat vor allem zwei Gründe:

- Mehreinnahmen bei den Steuern des Rechnungsjahres und aus früheren Jahren sowie Steuerauscheidungen (rund 10 Millionen)
- Gewinn aus dem Liegenschaftsverkauf Bahnhof Nord (rund 3 Millionen)

Bei den Mehreinnahmen aus Steuern stellen wir einmal mehr fest, dass sich der Finanzvorstand im Voranschlag völlig verhasen hat. Ob absichtlich (= zu vorsichtige Budgetierung, man möchte mit dem guten Rechnungsabschluss glänzen) oder unabsichtlich (= unvorhersehbare Einzelfälle) soll offen gelassen werden. Der GR hat kürzlich unser Postulat, das vom SR eine sorgfältigere Budgetierung der Einnahmen verlangt, aufrechterhalten. Die erneute Fehlbudgetierung bei den Einnahmen zeigt, dass damit eine Mehrheit des GR Recht hatte. Natürlich ist ein solcher Rechnungsabschluss auf den ersten Blick besser als ein Defizit. Wir möchten aber an dieser Stelle daran erinnern, dass die Hauptaufgabe der Stadt nicht die Erwirtschaftung eines Gewinnes ist, der dann wie in der Privatwirtschaft in Form von Dividenden an die Aktionäre ausgezahlt wird. Es ist auch nicht der Zweck der öffentlichen Hand Überschüsse zu erarbeiten, die dann in Form von Steuerfussenkungen an die guten Steuerzahler weitergegeben werden. Die Aufgabe unserer Stadt ist die Versorgung mit öffentlichen Dienstleistungen bzw. der Bau und der Unterhalt der dafür nötigen Infrastruktur. Es ist auch nicht Sinn und Zweck der städtischen Verwaltung mit Liegenschaftsverkäufen Gewinn zu erzielen und die Spekulation anzuheizen. Sondern die Liegenschaften sollten im Dienste der Bevölkerung bewirtschaftet werden. Z. B. für nützliche Infrastrukturbauten oder für den Bau günstiger Wohnungen. Ideal ist, wenn die Rechnung über mehrere Jahre hinweg gesehen ausgeglichen ist und ein Teil der Investitionen selbst finanziert werden kann. Wenn aber das Jahresergebnis trotz der Steuerfussenkungen des letzten Jahres so günstig ausfällt und sich das Jahr für Jahr wiederholt, dann ist "etwas faul im Staate Dänemark". Ein näherer Blick in die Rechnung und die Kommentare dazu zeigt dann auch, dass Dienstleistungen auf Kosten der Familien verteuert wurden (z.B. Tagesbetreuung) und dass vor allem der Bau und die Erneuerung der Infrastruktur in unserer Stadt jahrelang vernachlässigt bzw. verzögert wurden. Ich denke an die Verzögerungen bei der Erweiterung des ASZ, an den steigenden Bedarf an Alterswohnungen, an den Investitionsstau bei den Primarschulhäusern, die schleppende Umsetzung des Velokonzepts. Aber auch daran, dass auf dem Leepüntareal zwar Häuser abgebrochen werden aber weit und breit keine neuen Projekte für dieses zentrale Grundstück in Sicht sind. All dies bereitet uns Sorgen: Die Anhäufung von Nettovermögen durch die Stadt nützt der Bevölkerung nichts. Die nötigen Investitionen in die Infrastrukturbauten müssen jetzt endlich angegangen werden."

Keine weiteren Wortmeldungen. Das Eintreten ist somit beschlossen.

## Detailberatung

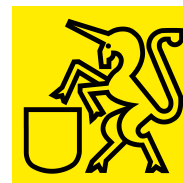
*Stellungnahme GRPK durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP):*

„Die RG11 schloss mit einem Ertragsüberschuss von 8,63 Mio. CHF ab. Die Ergebnisverbesserung gegenüber Voranschlag 11 betrug 12.6 Mio. CHF, primär auf die Steuererträge zurückzuführen, die 10 Mio. CHF über dem Budget lagen. Ins Gewicht fiel auch der Buchgewinn von 2,9 Mio. CHF aus der Veräusserung der Grundstücke Bahnhof Nord. Höhere Besoldungskosten im Bereich der Primarschule und Mehraufwendungen im Bereich Soziales und Zusatzleistungen führten im Vergleich mit dem Vorjahr zu einer Aufwandsteigerung von 2,92 Mio. CHF. Erfreulicherweise stabilisierte sich der Sachaufwand bei 19,2 Mio. CHF. Die Veränderungen im Bereich der Pflegefinanzierung hatten geringere Auswirkungen als befürchtet. Die Mehrbelastung für die Stadt nahm hier lediglich um 500 000 CHF zu. Bei der laufenden Rechnung legte die GRPK ihren Fokus bei der Prüfung erneut auf wesentliche Abweichungen und hinterfragte auch verschiedene ableitbare Entwicklungen. Stellvertretend sind folgende Feststellungen von Belang. Bei der Betrachtung der Differenzkommentare in verschiedenen Abteilungen fällt auf, dass der Grund der auftretenden Abweichungen mehrheitlich in der falschen Budgetierung zu suchen ist. Für die Erarbeitung der Budgetwerte sollten Betrachtungen über mehrere Jahre als eine der Grundlagen dienen. Sparrunden, die nur die Reduktion der Budgetwerte zum Ziel haben, ohne dass gleichzeitig die Aufwendungen





effektiv reduziert würden, bringen nichts. Im Folgejahr resultierten entsprechende Überschreitungen, die dann mit einem lapidaren Kommentar „zu tief budgetiert“ versehen würden. Nach unserer Ansicht sollte der Aufwand über mehrere Jahre und die effektiven Aufgaben in einem bestimmten Bereich als entscheidende Basis für die Budgetierung dienen. Diese Feststellungen konzentrieren sich im Berichtsjahr schwergewichtig auf den Entsorgungs- und Tiefbaubereich. Stadtrat Jürgen Besmer nahm deshalb an der Schlussbesprechung in der GRPK teil und hat das Anliegen der GRPK bezüglich Optimierung der Stetigkeit zwischen Budgetierung und Realisierung im Originalton gehört. Wir sind zuversichtlich, dass der Tiefbauvorstand die ihm geeigneten Massnahmen ergreift und weiter aktiv an einer Verbesserung arbeitet. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Planung 2013 noch vermehrt auf erhärteten Grundlagen und unter Beachtung der Aufwandsentwicklung auf der Zeitachse über mehrere Jahre erfolgen könnte. Wir hoffen und sind zuversichtlich, dass mit der Zeit und unter Einflussnahme der politisch Verantwortlichen altbekannte Schwächen eliminiert werden können. Mit Erstaunen nahm die GRPK die städtische Praxis der Stundenerfassung zur Kenntnis. Die Stadt stellt nämlich für ihre Dienstleistungen Rechnung, die auf Aufwandschätzungen basieren. Beispielsweise werden ihre Kosten im Zusammenhang mit der Erarbeitung von Gestaltungsplänen bescheiden und nur pauschalisiert verrechnet, was mit der gültigen Gebührenordnung nicht im Einklang steht. Die GRPK erwartet vom Stadtrat eine kritische Beurteilung der bisherigen Praxis. Es ist nämlich nicht unbedingt Aufgabe der Stadt, Private mit günstigen Dienstleistungen mit Verweis auf Standortförderung zu unterstützen. Die Stadt verzichtet dabei bewusst auf eine stundenmässige Erfassung der effektiv geleisteten Arbeit. Die GRPK erachtet diese Vorgehensweise als problematisch, insbesondere auch im Bereich der gebührenfinanzierten Sparten Abwasser und Abfall. Die Gefahr ist gross, dass durch grosszügige Schätzungen für erbrachte Leistungen Aufwandverschiebungen zulasten dieser Spezialfinanzierungen vorkommen. Nach unserer Ansicht sollte überall dort, wo Arbeit für Dritte erbracht und weiterverrechnet wird, die geleisteten Arbeitsstunden erfasst werden. Wir denken da beispielsweise an die Stadtgärtnerei, die Arbeiten für die SFD AG erledigt. Die Revisoren des Gemeindeamts kontrollierten bei ihrer Arbeit 187 verschiedene Aspekte der Jahresrechnung. Bei nur 5.35 % der Prüfungsschritte waren Hinweise und Bemerkungen nötig. Dieses Ergebnis ist im Quervergleich mit Revisionen in anderen Gemeinden ein wirklich erfreuliches Ergebnis. Das interne Kontrollsystem IKS – bei einer Buchhaltung in der Dimension der Stadt Dübendorf enorm wichtig – ist gut etabliert. Die notwendigen Kontrollen finden statt. Die Qualität der Rechnungsführung der ebenfalls überprüften Interkommunalen Anstalt ARA Neugut und der Zweckverbände ZPG und Sportanlagen Dürnbach ist etwas schlechter. Hier wird den vom Gemeindeamt geforderten Details zu wenig Beachtung geschenkt, was das insgesamt sehr erfreuliche Gesamtergebnis etwas eintrübt. Das Gemeindeamt regt ferner an, das Inventar der Aktiven der Stadt Dübendorf nach kantonalen Vorgaben aufzubauen und zu führen, was bei der Einführung der neuen Rechnungslegungsvorschriften HRM2 zu einer wesentlichen Entlastung führen dürfte. Erfreulich ist die Feststellung, dass die Pendenzen, die in den Vorjahren mehrmals zu Hinweisen führten, in der Berichtsperiode erledigt wurden. Im letzten Jahr investierte Dübendorf netto lediglich 7,16 Mio. CHF. Die im VA11 geplanten Vorhaben wurden nur zu 45 % realisiert. Die abgewickelten Projekte verteilen sich quer durch das ganze Spektrum wie beispielsweise von der IT bis zur neuen Autodrehleiter der Feuerwehr. Die GRPK machte bei der Beurteilung der Investitionsrechnung keine besonderen Feststellungen. Allerdings nimmt die Pipeline an grösseren Projekten laufend zu. Das Risiko besteht, dass später alle zur gleichen Zeit umgesetzt werden mit entsprechenden Auswirkungen auf die Finanzlage der Stadt Dübendorf. Droht der Stadt an der Glatt allenfalls ein Investitionsstau? Die Pensionskasse der Stadt Dübendorf erzielte in der Berichtsperiode aufgrund der schwierigen Entwicklung an den Wertschriftenmärkten eine negative Performance der Anlagen von -0,7 %. Im Berichtsjahr wurden Wertschwankungsreserven um 5,4 Mio. CHF auf neu 1,58 Mio. CHF reduziert. Der Deckungsgrad betrug per 31. Dezember 2012 knappe 101,2 (Vorjahr 104,2 %). Die Risikofähigkeit der Pensionskasse der Stadt Dübendorf verbleibt weiterhin generell eingeschränkt. Der Revisionsbericht der BDO AG liegt vor und enthält wiederum keine Einschränkungen oder Vorbehalte. Die GRPK nahm den Revisionsbericht der BDO zur Kenntnis. Die Prüfungsarbeit der GRPK umfasste selbsterklärend weitere Themenkreise. Mein Referat dient aber dazu, schlaglichtartig Besonderheiten zu unterstreichen und kann nie und nimmer



Anspruch auf Vollständigkeit erheben. Vor diesem Hintergrund war das Gespräch mit einer Delegation des Stadtrates wertvoll, da die Meinung der Kommission zu den hier nicht näher ausgeführten Feststellungen direkt und ungeschminkt übermittelt werden konnte. Gesamthaft stellte die GRPK fest, dass die Rechnung 2011 der Stadt Dübendorf gut geführt worden ist. Das Ergebnis ist in wirtschaftlicher Hinsicht mehr als nur erfreulich. Immer wieder stellten wir fest, dass die Mittel der Steuerzahler sorgfältig und zielgerichtet eingesetzt worden sind.“

## Antrag GRPK

1. Dem Gemeinderat wird beantragt, die Jahresrechnung 2011 des Politischen Gutes und der Pensionskasse zu genehmigen.
2. Der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 8'633'176.77 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital zugewiesen.

## Stellungnahme Finanzvorstand Martin Bäumle (GEU/glp)

Der Finanzvorstand dankt der GRPK. Auch dankt er für den wohlwollenden Bericht, der dieses Mal nicht so schlecht ausfalle. Das Ergebnis der Jahresrechnung 2011 sei u.a. besser ausgefallen als erwartet, weil die Pflegefinanzierung weniger hoch ausgefallen war als befürchtet. Ebenfalls beeinflusst wurde dies auch durch den einmaligen Staatsbeitrag, der für die neue Pflegefinanzierung angefallen sei. Die Budgetierung dieses Bereichs sei überaus schwierig weil er neu und aufgrund fehlender Vergleichswerte auch schwierig abschätzbar sei.

Zum Steuerertrag erklärt er, dass im 4. Quartal noch 3 Millionen Franken eingegangen seien. Die Hauptabweichung hier ergebe sich durch die Quellensteuern. Ebenfalls habe es grosse Veränderungen in der Investitionsrechnung gegeben. Anstelle von geplanten 5 Millionen hätten sich 9 Millionen ergeben. Er fügt hinzu, dass diese Abweichung auch dem SR zu gross sei.

Positiv sei, dass ein Schuldenabbau von 10 Millionen gelungen sei. Da die Staatsverschuldung im Moment auf der Welt ein grosses Problem sei, ist dies besonders positiv und zeige, dass Dübendorf auf dem richtigen Weg sei. Zum Stichwort „Investitionsstau“ nimmt er Stellung indem er darauf hinweist, dass gewisse Projekte ihre Zeit brauchen. Auch aus diesem Grund sei es gut, dass die Verschuldung abgebaut werden konnte. Die Politik des SR sei, dass Investitionen so vorbereitet werden, dass sie auch ausgeführt werden können.

## Allgemeine Diskussion

Keine

## Detailberatung:

Keine

## Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der GRPK mit 33 zu 0 Stimmen zu.

## Beschluss

1. Die Jahresrechnung 2011
  - des Politischen Gutes
  - der Pensionskasse der Stadt Dübendorfwird genehmigt.
2. Der Ertragsüberschuss der laufenden Rechnung in der Höhe von Franken 8'633'176.77 wird gestützt auf § 94 des Kreisschreibens der Kantonalen Direktion der Justiz und des Innern vom 10. Oktober 1984 - dem Eigenkapital gutgeschrieben.



## 8. **Geschäftsbericht 2011 / Genehmigung** **Geschäfts Nr. 147/2012**

Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) erklärt den Verhandlungsablauf sowie das Abstimmungsverfahren. Nach dem Votum des Referenten der GRPK und der allgemeinen Diskussion wird die Detailberatung durchgeführt. Wenn es zu den einzelnen Abschnitten keine Bemerkungen gibt, gelten diese als genehmigt. In einer Schlussabstimmung entscheidet der Gemeinderat über die Genehmigung des Geschäftsberichtes.

Gegen diesen Verhandlungsablauf und das Abstimmungsverfahren gibt es keine Einwände.

### Stellungnahme durch GRPK-Präsident Hans-Felix Trachsler (SVP)

„Der sorgfältig gestaltete Geschäftsbericht legt Zeugnis der vielfältigen Arbeit ab, die durch den Stadtrat und die Stadtverwaltung in Dübendorf im Dienste aller verrichtet wird. In diesem Jahr überzeugt das Dokument: wir beurteilen es als informativ und umfassend. Zu den Aufgaben der GRPK gehört die Prüfung des Geschäftsberichts. Wir hinterfragen die Entwicklung in den einzelnen Bereichen, überprüfen die Aussagen auf Plausibilität. Zu diesem Zweck studierte die GRPK den Bericht detailliert und stellte einen umfassenden Fragekatalog zusammen. Die schriftlichen Antworten des Stadtrates würdigte die Kommission und stellte verschiedene Anschlussfragen, die in einem offenen Dialog von einer Delegation des Stadtrates beantwortet worden sind. Die GRPK war von der Qualität der erhaltenen Antworten sehr positiv überrascht. In der abschliessenden Schlussdiskussion mit dem SR blieben nur wenige Themen offen. Alle offenen Fragen wurden zu unserer Zufriedenheit beantwortet. Die GRPK schätzt den persönlichen Dialog sehr. In der Diskussion mit dem Stadtrat dominierte kein Thema derart, so dass ich auf die Erwähnung einzelner Aspekte bewusst verzichte. Im vergangenen Jahr leisteten viele Mitarbeiter der Stadtverwaltung und des Stadtrates sehr gute Arbeit und bearbeiteten intensiv verschiedene Projekte, die für die Stadt an der Glatt zukunftsgerichtet sind. Die GRPK beantragt dem GR einstimmig, den Geschäftsbericht in der vorliegenden Form zu genehmigen.“

### Allgemeine Diskussion

Keine

### Detailberatung

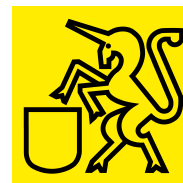
#### *Wortmeldung von Max Senn zum Kapitel 1, Gemeinderat (S. 2-4)*

Unter den unerledigten Parlamentarischen Vorstössen aus den Vorjahren sei das Postulat von Gaby Gossweiler erwähnenswert. Es haben den Titel „Sofortmassnahmen zur Steigerung der Verkehrssicherheit“ und sei mit Datum vom 10.06.2008 aufgeführt. Als Bemerkung sei angegeben: „Bearbeitung im Zusammenhang mit dem Gesamtverkehrskonzept, das im Frühling 2012 festgelegt werden soll.“ Er stelle fest, dass Sofortmassnahmen in Dübendorf nicht immer so schnell umgesetzt würden. Zudem sei offen, wie schnell das Gesamtverkehrskonzept umgesetzt werden würde.

Keine weiteren Wortmeldungen zur Detailberatung.

### Abstimmung/Beschluss

Der Gemeinderat genehmigt den Geschäftsbericht 2011 mit 34 zu 0 Stimmen.



**9.1. Matejic Milutin und Irena, serbische Staatsangehörige, sowie das Kind Luka, Grünenstrasse 9, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 136/2012**

---

Antrag Bürgerrechtskommission

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

Abstimmung:

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 20 zu 3 Stimmen zu.

Beschluss

1. MATEJIC Milutin, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 6. Juli 1985 in Saint-Denis, Montreuil (Frankreich), verheiratet, Buschauffeur und seine Ehefrau MATEJIC Irena, serbische Staatsangehörige, geboren am 14. Juni 1982 in Jagodina (Republik Serbien), verheiratet, dip. Pflegefachfrau, sowie das Kind MATEJIC Luka, geboren am 28. Januar 2010 in Zollikon (ZH), wohnhaft Grünenstrasse 9, Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**9.2. Stephan Ralph John, deutscher Staatsangehöriger, Im Langacker 5, Dübendorf / Genehmigung GR Geschäft Nr. 137/2012**

---

Antrag Bürgerrechtskommission

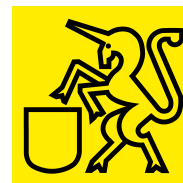
Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 23 zu 3 Stimmen zu.

Antrag

1. STEPHAN Ralph John, deutscher Staatsangehöriger, geboren am 25. Februar 1960 in Beirut (Libanon), verheiratet, Ingenieur Mikroelektronik/ Nachrichtentechnik, wohnhaft Im Langacker 5, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**9.3. Sulzbacher Ernst, österreichischer Staatsangehöriger, Grünenstrasse 33,  
Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 138/2012**

---

Antrag Bürgerrechtskommission

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 25 zu 3 Stimmen zu.

Antrag

1. SULZBACHER Ernst, österreichischer Staatsangehöriger, geboren am 13. April 1973 in Mürzzuschlag (Österreich), verheiratet, Küchenchef, wohnhaft Grünenstrasse 33, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**9.4. Dzaferi Miso und Esmire, serbische Staatsangehörige, sowie die Kinder  
Meldin, Denis und Denil, Kirchbachstrasse 20, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 140/2012**

---

Antrag Bürgerrechtskommission

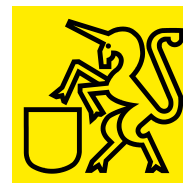
Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 20 zu 3 Stimmen zu.

Antrag

1. DZAFERI Miso, serbischer Staatsangehöriger, geboren am 25. November 1973 in Skorobiste (Republik Serbien), verheiratet, Mitarbeiter Innendienst und seine Ehefrau DZAFERI Esmire, serbische Staatsangehörige, geboren am 13. März 1977 in Prizren (Republik Serbien), verheiratet, Produktionsmitarbeiterin sowie die Kinder DJAFERI Meldin, geboren am 13. Oktober 1994 in Zürich (ZH), DJAFERI Denis, geboren am 22. Mai 1998 in Zürich (ZH) und DJAFERI Denil, geboren am 22. Mai 1998 in Zürich (ZH), wohnhaft Kirchbachstrasse 20, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



**9.5. Wörner Luminita und Martin, rumänische Staatsangehörige, sowie das Kind Nico, Meisenweg 14, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 141/2012**

---

Antrag Bürgerrechtskommission

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 20 zu 3 Stimmen zu.

Antrag

1. WÖRNER Luminita, rumänische Staatsangehörige, geboren am 8. Januar 1970 in Bucuresti (Rumänien), verheiratet, Informatikerin und ihr Ehemann WÖRNER Martin Gerhard, deutscher Staatsangehöriger, geboren am 3. August 1968 in Friedberg (Deutschland), verheiratet, Informatiker, sowie das Kind WÖRNER Nico, geboren am 3. Oktober 2008 in Zürich (ZH), wohnhaft Meisenweg 14, 8600 Dübendorf, werden gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'900 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug

**9.6. Chaudhry Shakeel Ashraf, pakistanischer Staatsangehöriger,  
Rotbuchstrasse 44, Dübendorf / Genehmigung  
GR Geschäft Nr. 148/2012**

---

Antrag Bürgerrechtskommission

Die Bürgerrechtskommission (BRK) hat dieses Gesuch geprüft und einstimmig zur Annahme empfohlen. Deshalb wird auf ein Referat der BRK verzichtet.

Abstimmung

Der Gemeinderat stimmt dem Antrag des Stadtrates und der BRK mit 19 zu 4 Stimmen zu.

Antrag

1. CHAUDHRY Shakeel Ashraf, pakistanischer Staatsangehöriger, geboren am 14. Mai 1971 in Jehranwali (Pakistan), verheiratet, Chauffeur, wohnhaft Rotbuchstrasse 44, 8600 Dübendorf, wird gegen die Entrichtung einer Einbürgerungsgebühr von 1'450 Franken in das Bürgerrecht der Stadt Dübendorf aufgenommen.
2. Dieser Aufnahmebeschluss erfolgt unter dem Vorbehalt der Erteilung des Kantonsbürgerrechts und der eidgenössischen Einbürgerungsbewilligung.
3. Mitteilung Stadtrat zum Vollzug



## Einwände gegen die Verhandlungsführung

Gegen die Verhandlungsführung werden auf Anfrage der Gemeinderatspräsidentin keine Einwände eingebracht. Gemeinderatspräsidentin Stefanie Huber (GEU/glp) macht abschliessend darauf aufmerksam, dass gegen die Beschlüsse wegen Verletzung von Vorschriften über die politischen Rechte und ihre Ausübung innert 5 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Rekurs beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden könne. Im Übrigen könne gegen die Beschlüsse, gestützt auf § 151 Gemeindegesetz innert 30 Tagen, von der Veröffentlichung an gerechnet, schriftlich Beschwerde beim Bezirksrat Uster, 8610 Uster, erhoben werden.

---

Schluss der Sitzung: 21.00 Uhr

---

Für die Richtigkeit

Beatrix Peterhans  
Gemeinderatssekretärin



**Eingesehen und für richtig befunden**

GEMEINDERAT DÜBENDORF

Stefanie Huber  
Gemeinderatspräsidentin

Jacqueline Hofer  
Stimmzählerin

Benedikt Stockmann  
Stimmzähler

Andreas Sturzenegger  
Stimmzähler